

Der Gewerkverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine.

erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährliche Abonnementen durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,65 M.;
bei jeder Bestellung durch den Briefträger
im Hause 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Sonnabend-Beobachter
von
Centralrat der Deutschen Gewerkvereine
(Vereins-Zentralrat).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Seite:
Geschäftsraum, 25 M., Familienanz. 15 M.
Vereinsanz. 10 M., Arbeitsmarkt 9 M.
Reklamation und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalder Straße 221/223.
Ansprechender: Amt VII, Nr. 472a.

Nr. 46.

Berlin, Mittwoch, 12. Juni 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Vergleich.

Nationale Arbeiterbewegung. — Die preußische Steuer-
gesetzgebung. — Die Handarbeiter und die Sozialpolitik. —
Allgemeine Anschauungen. — Gewerkvereins-Zeitung. — Verbands-
Zeitung. — Anzeigen-Zeitung.

Nationale Arbeiterbewegung.

Die nationalliberale „Magdeburgische Zeitung“ veröffentlicht in ihrer Nummer vom 9. Juni einen bemerkenswerten Artikel über „die nationale Ar-
beiterbewegung“. Es sei eine Aufgabe gerade des
Liberalismus, neue weitere Kreise der Volksmasse
für seine Ideen und Bestrebungen zu gewinnen.
Um so könnte er zu einer wirklich entscheidenden
Stellung in unserem politischen Leben wieder ge-
langen. Und gerade er, er allein sei es, der hier
zur Bekämpfung der Sozialdemokratie die größte
und wichtigste Aufgabe zu lösen habe, die Wieder-
gewinnung der Arbeitermassen, die früher
mit ihm vereinigt waren, für den nationalen und
liberalen Gedanken.

Rur den Liberalismus mit seinen Ideen bürger-
licher Freiheit und politischer Gleichberechtigung könne diese Aufgabe liegen. Für konservativ-
reakontraktionsparteien sei der höchste politisch-haupt-
sächlich durch die Sozialdemokratie vertretene
Arbeiterstand gewiss nicht zu gewinnen, schon des-
wegen, weil unter Konservatoren reich mit schaf-
macherischen Elementen durchsetzt und nicht geeignet
sei, die Gleichberechtigung des Arbeiterstandes bis
zur Gewährung voller Koalitionsfreiheit auch
nur grundsätzlich, viel weniger aber praktisch, zu
gewähren.

Aus dieser Lage der Dinge erwächst dem Liberalismus,
wenn er sich seines wahren innersten Wesens bewusst bleibt,
für die Zukunft eine große und bedeutende
Aufgabe, aber auch eine ernste Pflicht und Ver-
pflichtet ist: die Aufgabe, unsere Arbeiter von den
Gefilden der revolutionären Propaganda zu befreien und
für den nationalen Gedanken zurückgewinnen, d. h. mit
anderen Worten, sie davon zu überzeugen, daß ihre wahren
und berechtigten Interessen sich auf dem Boden der gegen-
wärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung, ja nur auf
diesem Boden erfüllen lassen, sofern diese Gesellschafts-
ordnung nur von wirklich modernem, d. h. eben freiheit-
lichen Geiste erfüllt ist. Dies kann aber nur geschehen,
wenn sich Bürgeramt und Arbeiterstand ihrer
gemeinsamen Interessen in dieser Richtung wieder
bewußt werden, wie es der Fall war, ehe verbliebene resis-
tutionäre Propaganda die verbliebenen Arbeitermassen von
ihrem natürlichen Verbündeten, dem liberalen Bürgeramt,
durch eine unüberbrückbare Kluft getrennt hatte.

Für die, freilich nur sehr allmäßlich und lang-
sam zu erhoffende Überbrückung dieser Kluft zeigten
sich aber in letzter Zeit verheißungsvolle Anläufe,
die nur einsichtig geführt und gefordert werden
müssen, wenn ein wirklich dauernder Erfolg gegen
die Sozialdemokratie und für die wahren Gegen-
wartsbürgern des Arbeiterstandes erreicht werden soll.
Die Ansätze liegen in dem, was wir in
seiner Gesamtheit die nationale Arbeiterbe-
wegung zu nennen schon jetzt berechtigt sind.

Das Sollium ist nun bisher, daß diese offen gegen
den unerträglichen Terrorismus der Sozialdemokratie front
machende nationale Arbeiterbewegung also wieder in
bestem Schlag zu versetzen droht, denn bisher die libe-
ralen Parteien verfallen sind: in bei der Zersetzung
und damit der Verzettelung ihrer Kräfte. Während der
tag aller Zwistigkeiten im Innern des, nach außen nach

immer geschlossenen einheitlichen Sozialdemokratie nur durch
eine ebenso einheitlich geschlossene Gegenbewegung beige-
kommen ist, spaltet sich die nationale Ar-
beiterbewegung also wieder wieder in eine
ganze Anzahl von einzelnen Zweigen, die
in ihrer Vereinzelung den Kampf gegen die Drei-Millionen-
partei gar nicht erfolgreich führen können. Reben die
Sohn vor der Entstehung der Sozialdemokratie begründeten,
leider damals vom Liberalismus zu wenig
 beachtet und gefürchtet Hirsch-Danckerschen
Gewerkvereine sind unzweckmäßig die christlichen
Gewerkschaften, die evangelischen und katholischen Arbeiter-
vereine und in neuerer Zeit, recht eigentlich unter dem
Dach des sozialdemokratischen Terrorismus, die reich-
schen Arbeitervereine und sogenannten gelben
Gewerkschaften getreten. Diese verschiedenen Rie-
gungen aber, denen allen der Gegner gegen die Sozial-
demokratie gemeinsam ist, haben also nicht Eiligeres
zu tun, als statt energischer Betonung dieser gemeinsamen
Grundlage sich vielmehr gegenseitig in die Haare zu fahren.
Man erkennt sich, mit welcher Schärfe in der Baffermann-
schen Versammlung des Nationalliberalen Vereins die an-
wesenden Vertreter der Hirsch-Danckerschen Ge-
werkvereine gegen die „gelben Gewerkschaften“ vorgegangen,
wie anderseits in einer Ver-
sammlung der reichsdeutschen Arbeitervereine heftige Angriffe
gegen die angeblich „roten“ Hirsch-Danckerschen geschiedet
werden. Das durehen in den christlichen Gewerkschaften
und Arbeitervereinen um gar noch das mit den hier ob-
schwängen wirtschaftlichen Fragen in gar keinem
Zusammenhang stehende konfessionelle Element
eine leiser ebenfalls leidenschaftlich einzige Rolle spielt,
erhöht die Schwierigkeit einer Setzung dieser nationalen
Arbeiter-Bewegungen in das einheitliche Welt
einer großartigen Arbeiter-Bewegung
noch mehr.

Diese Zersplitterung sei nur Abbild und Folge
der Zersplitterung in den großen bürgerlichen Par-
teien selbst, zu denen diese nichtsozialdemokratischen
Arbeiter-Bewegungen, doch zu zählen sind. Diese
Zersplitterung zu bestreiten und an ihre Stelle eine
große einheitliche Arbeiter-Bewegung auf
nationaler Grundlage zu jagen, sei die schwere
Aufgabe, welche die nächsten Jahre lösen müssen,
um die Massen-Attraktion, welche bisher die Ar-
beitermeute zur Sozialdemokratie gezogen habe,
nunmehr auch für diese ihr entgegengesetzte Be-
wegung wirksam zu machen.

Eine auf nationaler Grundlage beruhende große und
einheitliche Arbeiterbewegung aber würde keinen wärmeren
und aufrechteren Freund finden können als den nationalen
Liberalismus. Dessen Aufgabe mag es also sein, die Ein-
heitlichkeit dieser Bewegung herzustellen und sie in die rich-
tigen Bahnen zu lenken. Die Lösung dieser Aufgabe würde
für die Zukunft unserer politischen Zustände und für den
Liberalismus in gleicher Weise begrenzt sein. —

Wenn die liberalen Parteien die nationalen
Arbeiterorganisationen erfolgreich fördern und
energisch mitihnen wollen, eine mächtige einheit-
liche nationale Arbeiterbewegung zu schaffen, so
würde dies zweifellos sowohl im Interesse der Ar-
beiter wie bei ganzem Volles liegen. Die zu
diesen Parteien gehörigen Unternehmer müssen
aber die Finger davon lassen, den Arbeitern die
sog. reichsdeutschen und gelben Gewerkschaften zu
empfehlen und sie in einem Attempat mit den
Deutschen Gewerkvereinen zu nennen. Die
sog. Reichsdeutschen und Gelben sind von Unter-
nehmern ins Leben gerufene Organisationen, die sich haben verpflichten müssen, in

jedem Fall auf die Waffe des Streiks zu verzichten.
Ein Zusammengehen mit diesen Organisationen ist
für die Gewerkvereine grundsätzlich und praktisch
unmöglich. Will man was tun, so mögen die
Gründer dieser Vereine veranlaßt werden, sie
wieder aufzulösen und den betreffenden Arbeitern
empfehlen, sich denjenigen nationalen Organisationen
anzuschließen, die ihren allgemeinen Anschauungen
am nächsten stehen.

Die einheitliche nationale Arbeiterbewegung
kann sich nur zusammenfinden auf dem Boden
der Deutschen Gewerkvereine, die noch auf dem
leichten Bandstage ihre aufrichtige nationale Ge-
staltung einstimmig gefunden haben. Die „Magde-
burg.“ scheint dies selbst zu fühlen, denn sie weist
ausdrücklich darauf hin, daß die besonderen konfessionellen Bestrebungen mit den wirtschaftlich-
sozialen Aufgaben der Arbeiterorganisationen nichts
zu tun haben. Dasselbe gilt auch von den ein-
seitig parteipolitischen Bestrebungen. In dem
einen wie in dem anderen Falle haben es die Ge-
werkvereine nicht an entschiedener Klarheit ihrer
Stellung fehlen lassen.

Wenn die nichtsozialdemokratische Arbeiter-
bewegung auf diesem Boden zusammenfiebt, dann
ist sie eine große Macht, die im nationalen Sinne
für eine freieheitliche Entwicklung wirken und die
Lage der Arbeiter geistig und wirtschaftlich erfolg-
reich emporbringen könnte. Eine Schändung
unserer politischen Verhältnisse würde daraus ganz
von selbst hervorgehen.

K. G.

Die preußische Steuergesetzgebung

ist bekanntlich sehr günstig für den Arbeiter
reformiert worden. Daher hat auch der 16. Ver-
bandstag beschlossen, die Schwäden dieser „Reform“
aufzudrücken in einer Petition an die Regierung und den
Landtag. Den gleichen Beschluß hat die
Hagener Stadtversammlung am 27. Mai
ebenfalls einstimmig gefaßt. Diese Petition liegt be-
reits vor, sie kam heute (10. Juni) in die Hände der
Abgeordneten. Hoffentlich ist sie auch an diesem Tage
erst im Bureau des Abgeordnetenkamms eingegangen,
damit sie im Herbst zur Beratung kommen kann. Sie
ist dort bereits früher eingegangen, so müßte sie bis
zum Zusammentreffen des Parlaments im Herbst er-
neuert werden, da sie sonst als eine der „unerledigte
gebliebenen Petitionen“ mit dem am Sonnabend,
8. Juni, erfolgten Schluß der Session unter den
Tisch fiel.

In der Hagener Abteilung Petition, die der
erste Bürgermeister Cuno unterzeichnete, der wohl
auch ihr Verfasser ist, wird quer verlangt, daß in
das Einkommensteuergesetz eine Bestimmung aufge-
nommen werde, welche die Steuerveranlagungsbo-
hörsen ermächtigt, außerordentliche Einnahmen
der Arbeiter neben dem regelmäßigen Arbeitslohn,
insbesondere Einnahmen aus Nebentätigkeiten, bei
der Einkommensteuerveranlagung außer Acht zu
lassen.

Es wird in der Petition darauf hingewiesen, daß
der Verdienst aus außergewöhnlicher Arbeit, insbes-
onders aus Nebentätigkeiten, durch vermehrte Aus-
lastung der Arbeitnehmer erzielt wird, die nach der Anzahl der Arbeitnehmer eine erhebliche Ver-
mehrung der Lebensbedürfnisse, vor allem der Kraft, erfordert. Der größere Verdienst wird daher
zum Teil durch größere Ausgaben wieder ausge-
gleichen. Das findet aber jetzt im Gege ne keine Ver-
hältnis und ist ungerecht und hart. In Arbeit-
kreisen herrscht geradezu Erbitterung über diese über-
mäßige Heranziehung.

der Arbeitstätigkeit verurteilen auch wir aufs schärfste, innerhalb der Arbeitstätigkeit soll gearbeitet werden."

"Eine solche „Entgleisung“, so meint die „Ginigkeit“, hätten wir dem Genossen Jubel, in dem wir bisher stets in erster Linie den Proletarier schätzten, dessen revolutionäre Überzeugung hielt und hält ist, wirklich niemals zugetraut! Aber es scheint, daß der „glatte Parlamentsboden“ nun auch ihm zum Verhängnis geworden sei."

Gewerkschafts-Teil.

Gebersbach. Ausspruchung in Stromberg a. Hunsrück. Innerhalb dauerter der nunmehr jahrmässig stattfindende Kampf um das Sozialrecht zwischen den Firmen Gebr. Bandesleben (Hüttenwerk Stromberg Reußlitz) und den dort im Hirscherdorf Gewerkschaftsverein organisierten Arbeitern fort. Am Sonnabend, 1. Juni, fand eine vollständig besetzte Versammlung der ausgesparten in Gebersbach im Saale des Wirtshauses „André“ statt, wosin der Vorsitzende obiger Vereine, Herr J. Walzer, über den Stand der Bewegung referierte. Allgemein gab man in dieser Versammlung der Eröffnung einstimmig über das fürsichtige und zurückhaltende Gedröhnen des Herrn Bandesleben, welches nicht gleichberechtigt Staatsbürger, sondern willenslose Fabrikanten aus seiner Arbeiterschaft machen will.

Die Bedeutung wurde, daß auf dem ganzen Rückstück nicht eine Instanz ist, in welcher solche Streitigkeiten beendet und gelöst werden können.

Man bedauerte ferner, daß weder Behörde noch Fabrikinspektion während des langen Kampfes auch nur nicht den leichten Einigungserfolg mächtig, jedenfalls nur bedingt, weil es sich um das Recht der Arbeiter dreht.

Eröffnung rief ferner die Haltung des Bürgermeisters von Stromberg hervor, welcher, anstatt eine Vermittlung zu versuchen, der Ortsbehörde erklärte: „Die Arbeiterschaft vom Hunsrück sei noch zu dummi für die Organisation“. Die Versammlung gab einstimmig ihre Erklärung dahin ab, unter allen Umständen im Kampf festzuhalten, unbestimmt um die Dauer des Kampfes, bis man ihnen ihr Staatsbürgerecht, das auch hiesiger Bandesleben voll und ganz für sich in Anspruch nimmt, freigibt. Gleiches ist nicht gelingen, so wollen die Versammelten lieber auf eine Wiederbeschäftigung unter der Herrschaft des despotischen Herrn Bandesleben verzichten, als wie ihre Rechte, die ihnen als Staatsbürger durch das Gesetz garantiert sind, verloren zu lassen.

Hölsner. Am Sonnabend, 1. Juni, war eine außerordentliche Ortsverbandssversammlung im Vereinslokal zum Lindenholz einberufen. Wir können mit Begeisterung feststellen, daß alle Kollegen, soweit sie nicht bringend verhindert waren, gekommen sind. Der Organisator

sationsleiter der Maschinenbau, Kollege Wolf-Gottlieb, referierte über das Thema: Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisation. Er führte der Versammlung vor Augen, wie die Spannung zwischen Kapital und Arbeit täglich wächst. Alle Arbeiter müssen und haben das Recht danach zu streben, Gerechtigkeit zu halten mit unserer zukünftigen Entwicklung, ihre wirtschaftliche Lage zu heben und zu verbessern im Rahmen der bestehenden Gesetze. Allein auf sich angewiesen ist der Arbeiter machtlos. Er muß sich organisieren. Jetzt auf nationalem Boden stehen Deutsche mit dieses am besten in den Deutschen Gewerkschaften. Dieselben stehen auf dem Boden der Gegenwartsherrschaft. Der Referent führte weiter aus, wie durch das Verhalten anderer Organisationen gefährdet sei, die sich allen Forderungen der Arbeitnehmer groß entgegenstellen.

Unter dem zweiten Punkt der Tagesordnung kam der hier herrschende Streit zur Besprechung und entspans sich hierbei eine überaus lebhafte Diskussion über alle Gewerkschaftsfragen. Es wurde unter anderem noch die Gründung „rechtsfreier“ Arbeitersvereine gestreift und hervorgehoben, daß alle Ortsvereine einen festen Block für unsere Belange bilden sollen. Nach vierstündiger Dauer wurde die Versammlung mit einem freudig aufgenommenen Hoch auf die Deutschen Gewerkschaften von Vorsitzenden geschlossen. Den Kollegen allerorts rufen wir zu: Arbeitet zusammen und gelangt mit durch Einheit zur Kraft. Ein begeisterter Abend für unsere Gewerkschaftsliste liegt hinter uns.

R. Blüschahn, Schriftführer.

Berbands-Teil.

* Protokoll des Brandenburgisch-Sachsen-Anhaltischen Ausbreitungsbundes, Vorort Spremberg (2.). Ordentliche Vorstandssitzung am 26. Mai 1907 im Lokale des Herrn A. Jähnchen. Der Vorsitzende eröffnete vormitig 1/1 Uhr die Sitzung der vollständig erschienenen Vorstandsmitglieder, begrüßt die eingeladenen Kollegen Würde und Höhne, W. Sudig-Spremberg, sowie die als Gäste erschienenen Kollegen.

Zu der Tagesordnung eintretend wird die eingangsgekennzeichnete Korrespondenz erledigt. Es wird beschlossen, 20 Exemplare „Das Ausbildungsinstitut des sozialistischen Zukunftsinstitutes“ zu bestellen und den Vereinen zuzustellen. W. Rengeler wird beauftragt, die Peter des 25. Sitzungstages der Maschinenbau zu befreien. Die Agitation in Raum Würde und Höhne wird, W. Sudig-Spremberg, sowie die als Gäste erschienenen Kollegen.

Zu der Tagesordnung eintretend wird die eingangsgekennzeichnete Korrespondenz erledigt. Es wird beschlossen, 20 Exemplare

„Das Ausbildungsinstitut des sozialistischen Zukunftsinstitutes“ zu bestellen und den Vereinen zuzustellen. W. Sudig-Spremberg wird beauftragt, die Peter des 25. Sitzungstages der Maschinenbau zu befreien. Die Agitation in Raum Würde und Höhne wird, W. Sudig-Spremberg, sowie die als Gäste erschienenen Kollegen.

Zu der Tagesordnung eintretend wird die eingangsgekennzeichnete Korrespondenz erledigt. Es wird beschlossen, 20 Exemplare

„Das Ausbildungsinstitut des sozialistischen Zukunftsinstitutes“ zu bestellen und den Vereinen zuzustellen. W. Sudig-Spremberg wird beauftragt, die Peter des 25. Sitzungstages der Maschinenbau zu befreien. Die Agitation in Raum Würde und Höhne wird, W. Sudig-Spremberg, sowie die als Gäste erschienenen Kollegen.

Zu der Tagesordnung eintretend wird die eingangsgekennzeichnete Korrespondenz erledigt. Es wird beschlossen, 20 Exemplare

„Das Ausbildungsinstitut des sozialistischen Zukunftsinstitutes“ zu bestellen und den Vereinen zuzustellen. W. Sudig-Spremberg wird beauftragt, die Peter des 25. Sitzungstages der Maschinenbau zu befreien. Die Agitation in Raum Würde und Höhne wird, W. Sudig-Spremberg, sowie die als Gäste erschienenen Kollegen.

Zu der Tagesordnung eintretend wird die eingangsgekennzeichnete Korrespondenz erledigt. Es wird beschlossen, 20 Exemplare

„Das Ausbildungsinstitut des sozialistischen Zukunftsinstitutes“ zu bestellen und den Vereinen zuzustellen. W. Sudig-Spremberg wird beauftragt, die Peter des 25. Sitzungstages der Maschinenbau zu befreien. Die Agitation in Raum Würde und Höhne wird, W. Sudig-Spremberg, sowie die als Gäste erschienenen Kollegen.

Zu der Tagesordnung eintretend wird die eingangsgekennzeichnete Korrespondenz erledigt. Es wird beschlossen, 20 Exemplare

„Das Ausbildungsinstitut des sozialistischen Zukunftsinstitutes“ zu bestellen und den Vereinen zuzustellen. W. Sudig-Spremberg wird beauftragt, die Peter des 25. Sitzungstages der Maschinenbau zu befreien. Die Agitation in Raum Würde und Höhne wird, W. Sudig-Spremberg, sowie die als Gäste erschienenen Kollegen.

Zu der Tagesordnung eintretend wird die eingangsgekennzeichnete Korrespondenz erledigt. Es wird beschlossen, 20 Exemplare

„Das Ausbildungsinstitut des sozialistischen Zukunftsinstitutes“ zu bestellen und den Vereinen zuzustellen. W. Sudig-Spremberg wird beauftragt, die Peter des 25. Sitzungstages der Maschinenbau zu befreien. Die Agitation in Raum Würde und Höhne wird, W. Sudig-Spremberg, sowie die als Gäste erschienenen Kollegen.

Zu der Tagesordnung eintretend wird die eingangsgekennzeichnete Korrespondenz erledigt. Es wird beschlossen, 20 Exemplare

„Das Ausbildungsinstitut des sozialistischen Zukunftsinstitutes“ zu bestellen und den Vereinen zuzustellen. W. Sudig-Spremberg wird beauftragt, die Peter des 25. Sitzungstages der Maschinenbau zu befreien. Die Agitation in Raum Würde und Höhne wird, W. Sudig-Spremberg, sowie die als Gäste erschienenen Kollegen.

Zu der Tagesordnung eintretend wird die eingangsgekennzeichnete Korrespondenz erledigt. Es wird beschlossen, 20 Exemplare

„Das Ausbildungsinstitut des sozialistischen Zukunftsinstitutes“ zu bestellen und den Vereinen zuzustellen. W. Sudig-Spremberg wird beauftragt, die Peter des 25. Sitzungstages der Maschinenbau zu befreien. Die Agitation in Raum Würde und Höhne wird, W. Sudig-Spremberg, sowie die als Gäste erschienenen Kollegen.

Zu der Tagesordnung eintretend wird die eingangsgekennzeichnete Korrespondenz erledigt. Es wird beschlossen, 20 Exemplare

„Das Ausbildungsinstitut des sozialistischen Zukunftsinstitutes“ zu bestellen und den Vereinen zuzustellen. W. Sudig-Spremberg wird beauftragt, die Peter des 25. Sitzungstages der Maschinenbau zu befreien. Die Agitation in Raum Würde und Höhne wird, W. Sudig-Spremberg, sowie die als Gäste erschienenen Kollegen.

Zu der Tagesordnung eintretend wird die eingangsgekennzeichnete Korrespondenz erledigt. Es wird beschlossen, 20 Exemplare

„Das Ausbildungsinstitut des sozialistischen Zukunftsinstitutes“ zu bestellen und den Vereinen zuzustellen. W. Sudig-Spremberg wird beauftragt, die Peter des 25. Sitzungstages der Maschinenbau zu befreien. Die Agitation in Raum Würde und Höhne wird, W. Sudig-Spremberg, sowie die als Gäste erschienenen Kollegen.

Zu der Tagesordnung eintretend wird die eingangsgekennzeichnete Korrespondenz erledigt. Es wird beschlossen, 20 Exemplare

„Das Ausbildungsinstitut des sozialistischen Zukunftsinstitutes“ zu bestellen und den Vereinen zuzustellen. W. Sudig-Spremberg wird beauftragt, die Peter des 25. Sitzungstages der Maschinenbau zu befreien. Die Agitation in Raum Würde und Höhne wird, W. Sudig-Spremberg, sowie die als Gäste erschienenen Kollegen.

Zu der Tagesordnung eintretend wird die eingangsgekennzeichnete Korrespondenz erledigt. Es wird beschlossen, 20 Exemplare

„Das Ausbildungsinstitut des sozialistischen Zukunftsinstitutes“ zu bestellen und den Vereinen zuzustellen. W. Sudig-Spremberg wird beauftragt, die Peter des 25. Sitzungstages der Maschinenbau zu befreien. Die Agitation in Raum Würde und Höhne wird, W. Sudig-Spremberg, sowie die als Gäste erschienenen Kollegen.

Zu der Tagesordnung eintretend wird die eingangsgekennzeichnete Korrespondenz erledigt. Es wird beschlossen, 20 Exemplare

„Das Ausbildungsinstitut des sozialistischen Zukunftsinstitutes“ zu bestellen und den Vereinen zuzustellen. W. Sudig-Spremberg wird beauftragt, die Peter des 25. Sitzungstages der Maschinenbau zu befreien. Die Agitation in Raum Würde und Höhne wird, W. Sudig-Spremberg, sowie die als Gäste erschienenen Kollegen.

Zu der Tagesordnung eintretend wird die eingangsgekennzeichnete Korrespondenz erledigt. Es wird beschlossen, 20 Exemplare

„Das Ausbildungsinstitut des sozialistischen Zukunftsinstitutes“ zu bestellen und den Vereinen zuzustellen. W. Sudig-Spremberg wird beauftragt, die Peter des 25. Sitzungstages der Maschinenbau zu befreien. Die Agitation in Raum Würde und Höhne wird, W. Sudig-Spremberg, sowie die als Gäste erschienenen Kollegen.

Zu der Tagesordnung eintretend wird die eingangsgekennzeichnete Korrespondenz erledigt. Es wird beschlossen, 20 Exemplare

„Das Ausbildungsinstitut des sozialistischen Zukunftsinstitutes“ zu bestellen und den Vereinen zuzustellen. W. Sudig-Spremberg wird beauftragt, die Peter des 25. Sitzungstages der Maschinenbau zu befreien. Die Agitation in Raum Würde und Höhne wird, W. Sudig-Spremberg, sowie die als Gäste erschienenen Kollegen.

Zu der Tagesordnung eintretend wird die eingangsgekennzeichnete Korrespondenz erledigt. Es wird beschlossen, 20 Exemplare

„Das Ausbildungsinstitut des sozialistischen Zukunftsinstitutes“ zu bestellen und den Vereinen zuzustellen. W. Sudig-Spremberg wird beauftragt, die Peter des 25. Sitzungstages der Maschinenbau zu befreien. Die Agitation in Raum Würde und Höhne wird, W. Sudig-Spremberg, sowie die als Gäste erschienenen Kollegen.

Zu der Tagesordnung eintretend wird die eingangsgekennzeichnete Korrespondenz erledigt. Es wird beschlossen, 20 Exemplare

„Das Ausbildungsinstitut des sozialistischen Zukunftsinstitutes“ zu bestellen und den Vereinen zuzustellen. W. Sudig-Spremberg wird beauftragt, die Peter des 25. Sitzungstages der Maschinenbau zu befreien. Die Agitation in Raum Würde und Höhne wird, W. Sudig-Spremberg, sowie die als Gäste erschienenen Kollegen.

Zu der Tagesordnung eintretend wird die eingangsgekennzeichnete Korrespondenz erledigt. Es wird beschlossen, 20 Exemplare

„Das Ausbildungsinstitut des sozialistischen Zukunftsinstitutes“ zu bestellen und den Vereinen zuzustellen. W. Sudig-Spremberg wird beauftragt, die Peter des 25. Sitzungstages der Maschinenbau zu befreien. Die Agitation in Raum Würde und Höhne wird, W. Sudig-Spremberg, sowie die als Gäste erschienenen Kollegen.

Zu der Tagesordnung eintretend wird die eingangsgekennzeichnete Korrespondenz erledigt. Es wird beschlossen, 20 Exemplare

„Das Ausbildungsinstitut des sozialistischen Zukunftsinstitutes“ zu bestellen und den Vereinen zuzustellen. W. Sudig-Spremberg wird beauftragt, die Peter des 25. Sitzungstages der Maschinenbau zu befreien. Die Agitation in Raum Würde und Höhne wird, W. Sudig-Spremberg, sowie die als Gäste erschienenen Kollegen.

Zu der Tagesordnung eintretend wird die eingangsgekennzeichnete Korrespondenz erledigt. Es wird beschlossen, 20 Exemplare

„Das Ausbildungsinstitut des sozialistischen Zukunftsinstitutes“ zu bestellen und den Vereinen zuzustellen. W. Sudig-Spremberg wird beauftragt, die Peter des 25. Sitzungstages der Maschinenbau zu befreien. Die Agitation in Raum Würde und Höhne wird, W. Sudig-Spremberg, sowie die als Gäste erschienenen Kollegen.

Zu der Tagesordnung eintretend wird die eingangsgekennzeichnete Korrespondenz erledigt. Es wird beschlossen, 20 Exemplare

„Das Ausbildungsinstitut des sozialistischen Zukunftsinstitutes“ zu bestellen und den Vereinen zuzustellen. W. Sudig-Spremberg wird beauftragt, die Peter des 25. Sitzungstages der Maschinenbau zu befreien. Die Agitation in Raum Würde und Höhne wird, W. Sudig-Spremberg, sowie die als Gäste erschienenen Kollegen.

Zu der Tagesordnung eintretend wird die eingangsgekennzeichnete Korrespondenz erledigt. Es wird beschlossen, 20 Exemplare

„Das Ausbildungsinstitut des sozialistischen Zukunftsinstitutes“ zu bestellen und den Vereinen zuzustellen. W. Sudig-Spremberg wird beauftragt, die Peter des 25. Sitzungstages der Maschinenbau zu befreien. Die Agitation in Raum Würde und Höhne wird, W. Sudig-Spremberg, sowie die als Gäste erschienenen Kollegen.

Zu der Tagesordnung eintretend wird die eingangsgekennzeichnete Korrespondenz erledigt. Es wird beschlossen, 20 Exemplare

„Das Ausbildungsinstitut des sozialistischen Zukunftsinstitutes“ zu bestellen und den Vereinen zuzustellen. W. Sudig-Spremberg wird beauftragt, die Peter des 25. Sitzungstages der Maschinenbau zu befreien. Die Agitation in Raum Würde und Höhne wird, W. Sudig-Spremberg, sowie die als Gäste erschienenen Kollegen.

Zu der Tagesordnung eintretend wird die eingangsgekennzeichnete Korrespondenz erledigt. Es wird beschlossen, 20 Exemplare

„Das Ausbildungsinstitut des sozialistischen Zukunftsinstitutes“ zu bestellen und den Vereinen zuzustellen. W. Sudig-Spremberg wird beauftragt, die Peter des 25. Sitzungstages der Maschinenbau zu befreien. Die Agitation in Raum Würde und Höhne wird, W. Sudig-Spremberg, sowie die als Gäste erschienenen Kollegen.

Zu der Tagesordnung eintretend wird die eingangsgekennzeichnete Korrespondenz erledigt. Es wird beschlossen, 20 Exemplare

„Das Ausbildungsinstitut des sozialistischen Zukunftsinstitutes“ zu bestellen und den Vereinen zuzustellen. W. Sudig-Spremberg wird beauftragt, die Peter des 25. Sitzungstages der Maschinenbau zu befreien. Die Agitation in Raum Würde und Höhne wird, W. Sudig-Spremberg, sowie die als Gäste erschienenen Kollegen.

Zu der Tagesordnung eintretend wird die eingangsgekennzeichnete Korrespondenz erledigt. Es wird beschlossen, 20 Exemplare

„Das Ausbildungsinstitut des sozialistischen Zukunftsinstitutes“ zu bestellen und den Vereinen zuzustellen. W. Sudig-Spremberg wird beauftragt, die Peter des 25. Sitzungstages der Maschinenbau zu befreien. Die Agitation in Raum Würde und Höhne wird, W. Sudig-Spremberg, sowie die als Gäste erschienenen Kollegen.

Zu der Tagesordnung eintretend wird die eingangsgekennzeichnete Korrespondenz erledigt. Es wird beschlossen, 20 Exemplare

„Das Ausbildungsinstitut des sozialistischen Zukunftsinstitutes“ zu bestellen und den Vereinen zuzustellen. W. Sudig-Spremberg wird beauftragt, die Peter des 25. Sitzungstages der Maschinenbau zu befreien. Die Agitation in Raum Würde und Höhne wird, W. Sudig-Spremberg, sowie die als Gäste erschienenen Kollegen.

Zu der Tagesordnung eintretend wird die eingangsgekennzeichnete Korrespondenz erledigt. Es wird beschlossen, 20 Exemplare

„Das Ausbildungsinstitut des sozialistischen Zukunftsinstitutes“ zu bestellen und den Vereinen zuzustellen. W. Sudig-Spremberg wird beauftragt, die Peter des 25. Sitzungstages der Maschinenbau zu befreien. Die Agitation in Raum Würde und Höhne wird, W. Sudig-Spremberg, sowie die als Gäste erschienenen Kollegen.

Zu der Tagesordnung eintretend wird die eingangsgekennzeichnete Korrespondenz erledigt. Es wird beschlossen, 20 Exemplare

„Das Ausbildungsinstitut des sozialistischen Zukunftsinstitutes“ zu bestellen und den Vereinen zuzustellen. W. Sudig-Spremberg wird beauftragt, die Peter des 25. Sitzungstages der Maschinenbau zu befreien. Die Agitation in Raum Würde und Höhne wird, W. Sudig-Spremberg, sowie die als Gäste erschienenen Kollegen.

Zu der Tagesordnung eintretend wird die eingangsgekennzeichnete Korrespondenz erledigt. Es wird beschlossen, 20 Exemplare

„Das Ausbildungsinstitut des sozialistischen Zukunftsinstitutes“ zu bestellen und den Vereinen zuzustellen. W. Sudig-Spremberg wird beauftragt, die Peter des 25. Sitzungstages der Maschinenbau zu befreien. Die Agitation in Raum Würde und Höhne wird, W. Sudig-Spremberg, sowie die als Gäste erschienenen Kollegen.

Zu der Tagesordnung eintretend wird die eingangsgekennzeichnete Korrespondenz erledigt. Es wird beschlossen, 20 Exemplare

„Das Ausbildungsinstitut des sozialistischen Zukunftsinstitutes“ zu bestellen und den Vereinen zuzustellen. W. Sudig-Spremberg wird beauftragt, die Peter des 25. Sitzungstages der Maschinenbau zu befreien. Die Agitation in Raum Würde und Höhne wird, W. Sudig-Spremberg, sowie die als Gäste erschienenen Kollegen.

Zu der Tagesordnung eintretend wird die eingangsgekennzeichnete Korrespondenz erledigt. Es wird beschlossen, 20 Exemplare

„Das Ausbildungsinstitut des sozialistischen Zukunftsinstitutes“ zu bestellen und den Vereinen zuzustellen. W. Sudig-Spremberg wird beauftragt, die Peter des 25. Sitzungstages der Maschinenbau zu befreien. Die Agitation in Raum Würde und Höhne wird, W. Sudig-Spremberg, sowie die als Gäste erschienenen Kollegen.

Zu der Tagesordnung eintretend wird die eingangsgekennzeichnete Korrespondenz erledigt. Es wird beschlossen, 20 Exemplare

„Das Ausbildungsinstitut des sozialistischen Zukunftsinstitutes“ zu bestellen und den Vereinen zuzustellen. W. Sudig-Spremberg wird beauftragt, die Peter des 25. Sitzungstages der Maschinenbau zu befreien. Die Agitation in Raum Würde und Höhne wird, W. Sudig-Spremberg, sowie die als Gäste erschienenen Kollegen.

Zu der Tagesordnung eintretend wird die eingangsgekennzeichnete Korrespondenz erledigt. Es wird beschlossen, 20 Exemplare

„Das Ausbildungsinstitut des sozialistischen Zukunftsinstitutes“ zu bestellen und den Vereinen zuzustellen. W. Sudig-Spremberg wird beauftragt, die Peter des 25. Sitzungstages der Maschinenbau zu befreien. Die Agitation in Raum Würde und Höhne wird, W. Sudig-Spremberg, sowie die als Gäste erschienenen Kollegen.

Zu der Tagesordnung eintretend wird die eingangsgekennzeichnete Korrespondenz erledigt. Es wird beschlossen, 20 Exemplare

„Das Ausbildungsinstitut des sozialistischen Zukunftsinstitutes“ zu bestellen und den Vereinen zuzustellen. W. Sudig-Spremberg wird beauftragt, die Peter des 25. Sitzungstages der Maschinenbau zu befreien. Die Agitation in Raum Würde und Höhne wird, W. Sudig-Spremberg, sowie die als Gäste erschienenen Kollegen.

Zu der Tagesordnung eintretend wird die eingangsgekennzeichnete Korrespondenz erledigt. Es wird beschlossen, 20 Exemplare

„Das Ausbildungsinstitut des sozialistischen Zukunftsinstitutes“ zu bestellen und den Vereinen zuzustellen. W. Sudig-Spremberg wird beauftragt, die Peter des 25. Sitzungstages der Maschinenbau zu befreien. Die Agitation in Raum Würde und Höhne wird, W. Sudig-Spremberg, sowie die als Gäste erschienenen Kollegen.

Zu der Tagesordnung eintretend wird die eingangsgekennzeichnete Korrespondenz erledigt. Es wird beschlossen, 20 Exemplare

„Das Ausbildungsinstitut des sozialistischen Zukunftsinstitutes“ zu bestellen und den Vereinen zuzustellen. W. Sudig-Spremberg wird beauftragt, die Peter des 25. Sitzungstages der Maschinenbau zu befreien. Die Agitation in Raum Würde und Höhne wird, W. Sudig-Spremberg, sowie die als Gäste erschienenen Kollegen.

Zu der Tagesordnung eintretend wird die eingangsgekennzeichnete Korrespondenz erledigt. Es wird beschlossen, 20 Exemplare

„Das Ausbildungsinstitut des sozialistischen Zukunftsinstitutes“ zu bestellen und den Vereinen zuzustellen. W. Sudig-Spremberg wird beauftragt, die Peter des 25. Sitzungstages der Maschinenbau zu befreien. Die Agitation in Raum Würde und Höhne wird, W. Sudig-Spremberg, sowie die als Gäste erschienenen Kollegen.

Zu der Tagesordnung eintretend wird die eingangsgekennzeichnete Korrespondenz erledigt. Es wird beschlossen, 20 Exemplare

„Das Ausbildungsinstitut des sozialistischen Zukunftsinstitutes“ zu bestellen und den Vereinen zuzustellen. W. Sudig-Spremberg wird beauftragt, die Peter des 25. Sitzungstages der Maschinenbau zu befreien. Die Agitation in Raum Würde und Höhne wird, W. Sudig-Spremberg, sowie die als Gäste erschienenen Kollegen.

Zu der Tagesordnung eintretend wird die eingangsgekennzeichnete Korrespondenz erledigt. Es wird beschlossen, 20 Exemplare

„Das Ausbildungsinstitut des sozialistischen Zukunftsinstitutes“ zu bestellen und den Vereinen zuzustellen. W. Sudig-Spremberg wird beauftragt, die Peter des 25. Sitzungstages der Maschinenbau zu befreien. Die Agitation in Raum Würde und Höhne wird, W. Sudig-Spremberg, sowie die als Gäste erschienenen Kollegen.

Zu der Tagesordnung eintretend wird die eingangsgekennzeichnete Korrespondenz erledigt. Es wird beschlossen, 20 Exemplare

„Das Ausbildungsinstitut des sozialistischen Zukunftsinstitutes“ zu bestellen und den Vereinen zuzustellen. W. Sudig-Spremberg wird beauftragt, die Peter des 25. Sitzungstages der Maschinenbau zu befreien. Die Agitation in Raum Würde und Höhne wird, W. Sudig-Spremberg, sowie die als Gäste erschienenen Kollegen.

Zu der Tagesordnung eintretend wird die eingangsgekennzeichnete Korrespondenz erledigt. Es wird beschlossen, 20 Exemplare

„Das Ausbildungsinstitut des sozialistischen Zukunftsinstitutes“ zu bestellen und den Vereinen zuzustellen. W. Sudig-Spremberg wird beauftragt, die Peter des 25. Sitzungstages der Maschinenbau zu befreien. Die Agitation in Raum Würde und Höhne wird, W. Sudig-Spremberg, sowie die als Gäste erschienenen Kollegen.

Zu der Tagesordnung eintretend wird die eingangsgekennzeichnete Korrespondenz erledigt. Es wird beschlossen, 20 Exemplare

„Das Ausbildungsinstitut des sozialistischen Zukunftsinstitutes“ zu bestellen und den Vereinen zuzustellen. W. Sudig-Spremberg wird beauftragt, die Peter des 25. Sitzungstages der Maschinenbau zu befreien. Die Agitation in Raum Würde und Höhne wird, W. Sudig-Spremberg, sowie die als Gäste erschienenen Kollegen.

Zu der Tagesordnung eintretend wird die eingangsgekennzeichnete Korrespondenz erledigt. Es wird beschlossen, 20 Exemplare

„Das Ausbildungsinstitut des sozialistischen Zukunftsinstitutes“ zu bestellen und den Vereinen zuzustellen. W. Sudig-Spremberg wird beauftragt, die Peter des 25. Sitzungstages der Maschinenbau zu befreien. Die Agitation in Raum Würde und Höhne wird, W. Sudig-Spremberg, sowie die als Gäste erschienenen Kollegen.

Zu der Tagesordnung eintretend wird die eingangsgekennzeichnete Korrespondenz erledigt. Es wird beschlossen, 20 Exemplare

„Das Ausbildungsinstitut des sozialistischen Zukunftsinstitutes“ zu bestellen und den Vereinen zuzustellen. W. Sudig-Spremberg wird beauftragt, die Peter des 25. Sitzungstages der Maschinenbau zu befreien. Die Agitation in Raum Würde und Höhne wird, W. Sudig-Spremberg, sowie die als Gäste erschienenen Kollegen.

Zu der Tagesordnung eintretend wird die eingangsgekennzeichnete Korrespondenz erledigt. Es wird besch

Es heißt dann weiter in der Petition:

"Auch die Arbeitgeber wünschen eine solche Einschränkung, weil zu befürchten ist, daß Arbeitnehmer sich in zunehmendem Maße weigern werden, Überstunden zu machen. Die aus Einschränkung jeglicher Überstunden gerichtete Agitation der Sozialdemokratie wird in Arbeiterkreisen geradezu gefordert. Und doch sind in den Seiten der Hochkonjunktur mit Mühe auf den Mangel an Arbeitern Überstunden nicht zu entbehren."

In mehreren Städten besuchten Volksversammlungen, welche von den Höchststandes Gewerkschaften berufen waren, die gleiche Forderung erhoben werden."

Der Beschluß vom 27. Mai hat eine wichtige Ergänzung erfahren mit dem Beschluß vom 8. Juni. Durch diesen fordern die südlichen Behörden von Hagen i. W.:

1. Das Einkommensteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Juni 1906 dahin zu ändern:

"Im § 19 Abs. 1 werden die Worte „50 M.“ durch „150“ oder wenigstens „100 M.“ ersetzt."

2. Das Kommunalabgabengesetz vom 14. Juli 1898 wie folgt zu ändern: Im § 8c Abs. 1 an Stelle der Worte: „diese Aufschläge müssen gleichmäßig sein“ ist zu legen: „die Gemeindebediensteten sind ermächtigt, die Steuerpflichtigen mit einem Einkommen bis zu 3000 M. mit einem geringeren Aufschlag zur Gemeindeeinkommensteuer heranzuziehen als die Steuerpflichtigen mit einem höheren Einkommen. Die Zusatzaufschlager zur Gemeindeeinkommensteuer über 3000 M. müssen gleichmäßig sein.“

3. Das Kommunaleuerprivileg der Geistlichen, Lehrern und Beamten aufzugeben.

Die Forderungen zu 1 und 2 waren ebenfalls in unseren Hagenischen Versammlungen aufgestellt worden. Die Petition führt durchaus treffend aus, daß so sehr es als der Gerechtigkeit entsprechend und steuerpolitisch richtig anerkannt werden müsse, daß das wirkliche Einkommen jedes Steuerpflichtigen möglichst genau ermittelt werde, so werde doch die Vorschrift des § 23 als ein Ausnahmegesetz zum Nachteil der darin betroffenen lohnarbeitenden Klassen empfunden. Denn das Einkommen aller übrigen, mit weniger als 3000 M. eingeschloßen Personen werde lediglich durch Schöpfung ohne genaue eingehende Nachforschungen ermittelt, während das Einkommen der im § 23 genannten Personen aus Vollarbeit durch Nachforschung bei den Arbeitgebern im vollen Betrage festgestellt werde. Eine notwendige Folge der Bestimmung im § 23 müßte daher sein, daß der Della-Rationszwang auch für die Einkommen unter 3000 M. ausgeprochen werde. Allerdings bietet die Verwirklichung dieser der Gerechtigkeit entsprechenden Forderung erhebliche praktische Schwierigkeiten; umso mehr liege Anlaß vor, die aus der Ausnahmefreigabe des § 23 für die lohnarbeitenden Klassen sich ergebenden Dörtern zu mildern. Daraum heißt es weiter:

„Die erste Anwendung des § 23 fiel in eine Zeit der wirtschaftlichen Hochkonjunktur, insbesondere in der rheinisch-westfälischen Industriegegend. Einmal waren die Arbeitslöhne selbst steigende und daher auch das Einkommen der im § 23 genannten Personen, die die Steuerpflichtige, zu denen diese Personen veranlagt wurden. Diese höhere Zöhlung der Arbeitnehmer war aber nur der Ausgleich für die infolge des wirtschaftlichen Aufschwungs eingerichtete, durch die Polizeipolitik geförderte allgemeine Preisschaltung, insbesondere der Lebensmittel, der Wohnungsmieten, aber auch aller industriellen Produkte, deren die lohnarbeitende Bevölkerung bedarf. Man darf annehmen, daß die gezeigten Höhe im wesentlichen nur der Steigerung der Warenpreise entsprach. Es trat die bisher in der Theorie der indirekten Steuern noch nicht genügend gewidmete Tatfrage hervor, daß die moderne Entwicklung der Arbeiter-Koalition den Arbeitern ermöglichte, die als Folge der indirekten Steuern eingetretene Preisschaltung und damit die Steigerung der Ausgaben für ihre Lebenshaltung durch Erhöhung der Arbeitslöhne auf die Unternehmer abzuwenden. Die Erhöhung der Arbeitslöhne bedeutete in der hauptsächlichen Weise die Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeit, sondern formte ihren auf die Aufrechterhaltung ihrer bestehenden Bedienstung gegenüber den gestiegenen Warenpreisen ermöglichte. Mit Rücksicht auf die Staffelung der Steuerpflichten über wird der Arbeitnehmer bei höherem Einkommen verhältnismäßig viel höher mit Steuer belastet.“

Da nun in den industriellen Bezirken durchweg hohe Aufschläge zur Kommunal- und Kirchensteuer erhoben werden, trifft die Erhöhung der Steuerpflicht der Arbeitnehmer außerordentlich hart. Es hätte bei Aenderung des Einkommensteuergesetzes der südlichen Kaufstadt des Sclers durch Erhöhung der Höhe des Einkommensteuerlastes Rechnung getragen werden müssen.

... In der hiesigen Stadt werden juzzeit 225 Prozent zur Einkommensteuer, 86 Prozent Aufschlag zur evangelischen und 75 Prozent zur katholischen Kirchensteuer erhoben.

Wenn ein Arbeitnehmer katholischer Konfession mit 4 Kindern früher einen Aufschlag von 8 M. hatte, so wäre er mit 900 M. Einkommen bei 150 M. Abzug nicht einkommensteuerpflichtig. Er zahlte an Kommunal- und Kirchensteuer 900 p.G. von 4 M., also 12 M. Ist jetzt sein Sohn um 20 p.G. auf 3,60 M. gestiegen, also 1080 M., so ist er c. mit 980 M. Einkommen zu 6 M. Steuer veranlagt, hat also 24 M. zu zahlen. Von 180 M. Mehrsteuer muß er 12 M. mehr Steuer entrichten.

Steigt nun im letzten Jahre sein Einkommen infolge Überstunden noch um 150 M., so daß er 1907 zum Sope von 9 M. veranlagt wird, so hat er 86 M. Steuer zu entrichten, von 880 M. Mehrsteuer muß er 24 M. an Steuer zahlen.

Ein Arbeitnehmer mit 4 Kindern, der in früheren Jahren 1200 – 200 = 1000 M. zu 6 M. Steuer veranlagt war und 24 M. zu entrichten hatte, ist bei 20 p.G. Steigerung des Verdienstes auf 4,80 M. täglich gestiegen, also mit 1440 – 200 = 1240 M., zum Einkommensteuersope von 12 M. veranlagt, muß also 48 M. an Steuer zahlen. Also für einen Mehrverdienst von 240 M. 24 M. mehr Steuer. Steigt sein Einkommen durch Überstunden noch um 180 M., so hat er sogar 64 M. Steuer zu zahlen. Von seinem Mehrverdienst von 360 M. gehen 40 M. also mehr als 10 p.G. für Steuer drauf.

Ein qualifizierter Arbeitnehmer mit 4 Kindern, welcher in früheren Jahren 5 M. Verdienst hatte, also nach einem Einkommen von 1500 – 200 = 1300 M. zu 12 M. veranlagt war und 48 M. an Steuer zu zahlen hatte, würde bei einem Verdienst von 6 M. täglich, also einem Einkommen von 1800 – 200 = 1600 M. jetzt zu 21 M. veranlagt sein, also 84 M. Steuer zu zahlen haben. 800 M. Mehrsteuer bedingen 36 M. mehr an Steuer, also 12 p.G. der Mehrsteuer.

Ein Werkmeister mit 4 Kindern, welcher in früheren Jahren 150 M. Monatslohn hatte, zahle 84 M. Steuer. Er zahlt, wenn er nunmehr 180 M. Monatslohn verdient, 124 M., also für 360 M. Mehrsteuer 40 M. Mehrsteuer".

Ein Ausziehender und Erziehender der Kinder leistet den Bürger dem Staate unschätzbare und zur Unterhaltung des Staates und seiner Wehrfähigkeit durchaus notwendige Dienste. Umso mehr erscheint es erforderlich, kinderreiche Familien dadurch zu unterstützen, daß der für die Erziehung der Kinder erforderliche Aufwand möglichst in vollem Umfang steuerfrei bleibt. Die Forderung der Erhöhung des im § 19 Absatz 1 des Einkommensteuergesetzes festgelegten Aufwandes ist daher nicht unbillig, und zwar erscheint es angemessen, den Betrag von 50 M. auf 150 M. mindestens jedoch auf 100 M. zu erhöhen.

3. Es bringt für die ärmeren Bevölkerung schwer zu ertragende Nachteile mit sich, daß der Staatssteuerfestsatz der Steuerpflichtigen mit einem Einkommen bis zu 3000 M. mit den momentlich im Westen oft außergewöhnlich hohen Gemeindesteueraufschlägen belastet werden muß. Während in den mit einem 100prozentigen Aufschlag wirtschaftenden Gemeinden ein Steuerpflichtiger mit einem Einkommen von 1500 M. 21 M. Gemeindeeinkommensteuer zahlt, erreicht die Gemeindearbeiter bei einem gleichen Einkommen, z. B. in der Stadt Hagen, mit 225 p.G. Aufschlag den Betrag von 47,25 M., in anderen Gemeinden des Industriegebietes noch höhere Beträge bis zu 65 M. Dazu kommen noch die hohen Kirchensteuern.

Derartige Steuern sind für kinderreiche Familien eine fast unerträgliche Belastung, und es muß von den Steuerpflichtigen mit geringem Einkommen als eine unbillige Belastung empfunden werden, 4–5 p.G. ihres Einkommens zur Zahlung der Steuern verwenden zu müssen.

Es erscheint aus diesen Gründen gerechtfertigt, zum Beispiel der minderbildenden Bevölkerung eine Erhöhung des Aufschlags zu zulassen, wie sie sich z. B. in Frankfurt a. M. seit Jahrzehnten bewährt hat.

K. G.

Die Landarbeiter und die Sozialpolitik.

Es ist eine alte Klage, daß die Landarbeiter von der sozialpolitischen Gesetzgebung am wenigsten profitieren. Sie verdienen nicht allein erheblich weniger als Industriearbeiter, sondern haben auch kein Recht sich zusammenzuschließen und sich gemeinsam wirtschaftliche Vorteile (höhere Löhne und längere Arbeitszeit) zu verschaffen. Auf vielen Bundesstaaten wird der den gewerblichen Arbeitern erlaubte Streik bei den Landarbeitern mit hohen Gefängnisstrafen belegt.

Was die Höhe des Lohnes und die Länge der Arbeitszeit anbetrifft, so findet sie also darin völlig auf den Willen und die Einsicht der Landarbeiter angewiesen, wenn sie nicht das platt Land verlassen wollen, um mehr zu verdienen. Durch ausgedehnte Frauen- und Kinderarbeit, sowie durch Verwendung bedürfnisloser ausländischer Arbeiter (Polen, Ruthenen, Galizier usw.) werden die Löhne so tief wie möglich gehalten. Ein wahres Bild des Jammers steht dann auch in den Zahlen, welche als durchschnittliche Jahresarbeitsverdienste für land- und forstwirtschaftliche Arbeiter von der höheren Verwaltungsbühne festgestellt sind. In der Provinz Ostpreußen ist für männliche Arbeiter dieses Durchschnittsverdienst für die 14 Kreise auf 380 M. festgesetzt.

Nun besteht, wie in der 1. Juni-Ausgabe des „Reformblatt für Arbeiterversicherung“ (Herausgeber Professor Dr. Stier-Somlo, Bonn) hervorgehoben wird, ein großer Nachteil für die Landarbeiter darin, daß bei einer eventuellen Rentenversicherung für die Invalidenversicherung immer nur der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst zugrunde gelegt wird, mag ihr tatsächliches Einkommen auch höher gewesen sein. Außerdem erhalten sie nicht wie gewerbliche Arbeiter

im Falle eines Betriebsunfalles vom Beginn der fünfzig bis zum Ende der dreizehnten Woche den sogenannten Unfallauszug.

Aber auch sonst sind die Landarbeiter von der Gesetzgebung zu Staatsbürgern zweiter Klasse degradiert worden. Sie unterstehen leider noch der Gesindeordnung, einem Gesetz, das eines Kulturrates nicht würdig ist. Nach dieser Gesindeordnung ist sogar die ländliche Bläßigung erlaubt und gibt keinen Grund zum sofortigen Austritt aus dem Dienst. Ein weiteres Leid ist es, daß die Landarbeiter auch Klagen, die aus dem Arbeitsverhältnisse entstehen, auf dem unsichtlichen, geistigen und kostspieligen ordentlichen Rechtsweg ausscheiden müssen, während den gewerblichen Arbeitern durch die Gewerbegerichte und den Kaufleuten durch die Kaufmannsgerichte schnelle und kostlose Erledigung derartiger Klagen möglich ist. Sie genießen zumeist auch nicht die Vorteile der Krankenversicherung, weil die Krankenversicherungspflicht nicht auf sie ausgeübt ist.

Nun wird auch verfügt, die von der Regierung angestrebte Vereinheitlichung der Versicherungswzeige zur Verschlechterung der Rentenentschädigung umstießender land- und forstwirtschaftlicher Arbeitnehmer. Angeblich weil die Kosten zu groß sind, welche die soziale Gesetzgebung den Landwirten „aufbürdet“, wird verlangt, daß die kleinen Betriebsinhaber mit einer Erwerbsunfähigkeit bis zu 25 p.G. nicht mehr entlassfähig werden sollen. Sollte diese Forderung der agrarischen Kreise von der Regierung bewilligt werden, so wird nur die Landflucht damit verstärkt. Immer neue Scharen von Landarbeitern wenden sich dann der Industrie zu, wo ihnen neben höheren Lönen auch die Vorteile einer modernen Sozialpolitik gewährt werden. S. R.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, 11. Juni 1907.

Der Gewerksverein der Deutschen Beyer, Siegler u. a. Arb. hält am 15. Juni und den folgenden Tagen in Danzig, im Deutschen Gesellschaftshaus, Heiligegeistgasse 107, seine 8. ordentliche Generalversammlung ab. Am Abend des 15. Juni findet nach der Vorveranstaltung ein Begrüßungsaabend im Schuhmacher-Gesellschaftshaus, Schuhmachers Graben 9, statt, bei welchem auch die „Niederlassel der Gewerksvereine“ mitwirkt. Am Sonntag, 16. Juni, nachmittags 2 Uhr, veranstaltet der Ortverband zu Ehren der Generalversammlung eine Seefahrt nach Boppard.

Die Tagessordnung ist sehr umfangreich. Der Generalrat legt einen revidierten Statutenentwurf vor. Die Geschichte des Generalrats werden jetzt durch Kollegen geführt, die noch im Arbeitsverhältnis stehen. Weitere Anträge liegen vor, befohlene Beamte anzustellen, damit auch die Agitation wirksamer gefördert werden kann. Für den Generalrat nimmt Kollege Gustav Hartmann an den Verhandlungen teil.

Wir wünschen der Generalversammlung eine geistige Arbeit und senden allen Teilnehmern am Delegiertenkongress unsere herzlichsten Grüße.

Wir machen unsere Berliner Verbandskollegen und Kolleginnen nochmals aufmerksam auf die vom Generalrat zum nächsten Donnerstag, 18. Juni, 8 Uhr abends, in den großen Saal des Verbandshauses einberufenen Gewerbevereinsversammlung, in welcher Kollege Karl Goldschmidt mit Bericht erschaffen wird über die Beschlüsse des Verbandsstages.

Hoffentlich hat sich diese wichtige Versammlung eines recht starken Beifalls zu erkennen. Alle Gewerksvereine sollten es als ihre Ehrenpflicht ansehen, diese Versammlung zu besuchen.

Der Entwurf für ein Reichsgesetz zur Regelung des Berufs- und Verfassungsrechts ist, so heißt es in einer durch die Presse gehenden Notiz, im Reichstag des Jahres in den Grundzügen fertiggestellt, so daß die Beratungen mit den übrigen Reichstagsfraktionen beginnen können. Die Anlegelheit dürfte zu beschleunigt werden, daß der Entwurf noch vor dem Beginn der Sitzungen dem preußischen Staatsministerium zur Begutachtung vorgelegt werden kann. Nebenfalls ist mit Sicherheit anzunehmen, daß der Reichstag bei seinem Zusammentritt im Spätherbst den Gesetzentwurf zur Beratung vorfinden wird.

Arbeiterbewegung. Nachdem die Metallarbeiter Offenbachs den Vermittlungsvorschlag der Unternehmer, der eine halbjährliche Arbeitszeitverkürzung aufgestellt, aber jede Lohnerhöhung ablehnte, durchgelehnt haben, ist an eine Beilegung der Differenzen zunächst nicht zu denken. Der Kampf im Münzenberg geht also weiter. — Da in einigen Flechtmaschinenfabriken in Elberfeld und Barmen die Arbeiter in den Aufstand getreten sind, wurden in 27 Fabriken die Arbeiter ausgesperrt. Außerdem hat der dortige Fabrikantenverein an die Arbeitgeber vom Rheinland-Weserland ein Mandatsschreiben verlangt, keine Formarbeiter, Schlosser usw. aus dem Ruhrgebiet anzustellen, die mit Abteuerzeiten vom 11. Mai verjähren sind.

In Gelsenkirchen und Umgegend sind die Klempner und Installatoren in den Streik getreten. — Ein Tarifvertrag ist zwischen den Hafenarbeitern und den Mietern in Königsberg nach längeren Verhandlungen vor dem Gewerbericht als Einigungskomitee aufgestanden gekommen. Das Allsortensystem wird dadurch beseitigt, die Stundenlöhne werden erhöht und auch sonst mannschaftliche Verbesserungen eingefordert. Die Arbeit im Hafen soll am 15. Juni wieder aufgenommen werden. — Den Schuhmachers in Freiberg ist es gelungen, noch eingehenden Verhandlungen einen Tarif abzuschließen, der ihnen eine 10-prozentige Lohnsteigerung garantiert. — Die Ausperrung der Malergesellen in Straßburg ist beendigt, nachdem die Innungsmäister von ihrem Standpunkt abgelassen und die vom Bürgermeisteramt gemachten Vorschläge angenommen haben. — In Zittau haben die Holzarbeiter geschlossen, in einer Lohnbewegung einzutreten. Sie fordern einen Minimalstundenlohn von 40 Pf. und die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 55 Stunden. — Auch in Straßburg i. L. haben die Holzarbeiter Forderungen eingereicht, die in der Hauptfrage die Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde und eine 15-prozentige Lohnsteigerung beinhaltet. — Ebenso ist in der Leipziger Holzindustrie ein Konflikt ausgebrochen, da die Unternehmer für den Tarif nicht den Mindeststundenlohn von 55 Pf., sondern nur 52 Pf. bewilligen wollen. — Dagegen steht es so, als wenn der schon 8 Wochen dauernde Malerstreik in Leipzig zu Ende geht, da die zwischen den Gesellen und der Innung angebahnten Verhandlungen einen erfolgreichen Verlauf genommen haben. — Die Lohnbewegung im Erfurter Baugewerbe dauert unverändert fort. — In dem Bauarbeiterkampf in Berlin ist infolge einer Bewegung eingetreten, als die Bauunternehmer mit dem gefürchteten Montag die Bauten für Arbeitswillige wieder geöffnet haben. Mit welchem Erfolg, lässt sich zurzeit noch nicht übersehen. — Weil die Arbeiter den jetzt abgelaufenen Tarif nicht auf ein weiteres Jahr anstreben wollten, sind in der Zellulosefabrik Marzau a. R. sämtliche Belegschaften zum 1. Juli gefordert worden. — In einer größeren Werkstatt in W. Gladbach haben die Arbeiter beschlossen, eine 20-prozentige Lohnsteigerung gegebenenfalls durch einen Streik durchzusetzen. Die Firma will jedoch nur 5 Pf. bewilligen und hat anderweitig den Arbeitsverband der Textilindustrie um Hilfe anzufragen. Laut Beschluss der Gesellen soll nun, falls die Arbeiter auf ihren Forderungen bestehen, eine allgemeine Textilarbeiter-Ausperrung in W. Gladbach und Umgegend erfolgen.

In Mähren sind verschiedenartig Aussstände von Bergarbeitern zu verzeichnen. Auf dem Theresienhöchst im Böhmer-Ostrau hat die Belegschaft die Arbeit eingestellt. Ebenso war die Belegschaft des Salomon- und Karolinenhöchstes ausständig geworden, ist aber wieder angefahren, nachdem die Direktion die Revision der Gedinge und Abstellung der vorhandenen Wirtschaftsgegenstände angefragt hat. Dagegen ist auf dem Salzberg wieder ein Teil der Schlepper in den Ausstand getreten. — In Saarbrücken befindet sich die Straßenbahnhangestellte, so dass der gesamte Betrieb lahmgelegt ist. Auch die Bäckergesellen haben sich ihnen angegeschlossen. — Der Streik der Maler und Gipfer in Bielefeld ist nach wöchentlicher Dauer zugunsten der Arbeiter beendet worden. — Der Streik der französischen Seefahrer kann ebenfalls als erledigt angesehen werden. — Wegen Ablehnung ihrer Lohnforderungen haben in Basel die Tabakarbeiter über eine Anzahl von Zigarettenarbeiten die Sperrre über längere Zeit. — In Biel sind am Montag die Bäckergesellen in den Ausstand getreten. Sie fordern außer einer Lohnsteigerung eine Verkürzung der Arbeitszeit sowie einen freien Tag in der Woche.

Auf die siegreiche Entwicklung des Organisationsgedankens wirkt ein Artikel des „Königsberger Hartungs-Zeitung“, „Professorenorganisationen“ betitelt, ein interessantes Licht. Ebenso war die Organisation der Arbeiter verboten, sie wurden als „Zusammensetzungen“ angesehen und bestraft.

Dann sagt — schon in der Mitte der 60er Jahre — der Bankier ein: Schule an Delitzsch, Hörsel, Duderstadt und die werdende Sozialdemokratie waren für die rückwärtige historische Betrachtung hier zusammen; die Arbeiterbildungvereine werden abgelöst von Schulen und Innungen der Zukunft, von Gewerberingen und Gewerkschaften. Die Arbeiter jüngst ferner erkennen, dass die Freiheit des Arbeitsvertrages sie noch nicht freimache; sie lassen sich immer sozialistischer, immer stärker zusammen, und nachdem sie's ihnen so vorgemacht, folgen die Arbeitgeber — anfangs zögern, dann mit steigendem Geschick und Erfolg — ihnen nach. Zukünftig werden der Organisationsgedanke auch über die Kopfärbeiter Macht, die Beamtenbewegung, von der wir bisher erst am Anfang seien.

Siehe sich wie vor einer neuen Gruppe dieser Entwicklung; auf den 8. September lädt ein Kaffeehaus der Leiter von staatlichen Hochschulen deutscher Sprache nach

Salzburg, auf das sie dort, wie zujo Brentano das Vorhaben im „Berl. Tagbl.“ interpretiert, eine Gewerkschaft gründen. Eine Professorenorganisation! Die Elite unserer Kapitalarbeiter mit den Formen des Arbeitkampfes handelt — ein selbstsame Amt für unser Volk, das im Kampf vor der Zustiegsschamkeit erjogen ist. Über wie werden und an den Nachteil gewöhnen und ihn dann verhindern, das auch den Professoren der freie Arbeitsvertrag und die Freiheit der Schule verteidigen wenig helfen, wenn der einzelne einer Siedlung potenter Arbeitgeber — hier Unterklasserverwaltungen genannt — gegenübersteht, von denen die außerpotenten mindestens von einflussreichen Parlamentsgruppen, zu deutlich also von Bänken und Senatorn, abhängig sind. Die neue Professorenorganisation fehlt sich zunächst ausgedehnt oder nicht, gegenwärtig es ist auch nicht zu sagen, ob unter den Unternehmern des Auftrags gerade die preußischen Unternehmern so spätlich vertreten sind. Berlin, wo durch Althoff Gustav Schmoller regiert, sogar überhaupt nicht. An heimischen Siedlungen wird es dort darum noch keineswegs fehlen. Aber wer weiß es, wider den mächtigen Mann aufzutreten, in dessen Siedlung die ehemaligen Ordinarien antizipieren? Höchstens, wenn sie emeritiert sind, wie Wilhelm Habschau ist, der neulich nicht ungernestend über die Ausköstlichkeit der agrarischen und sonstigen nationalen Richtung unter den Siedlern Nationalsozialisten schreibt.

Ergo: die Freiheit auf Deutschlands Rathäusern, der tapferen Belegschaften, der vor seiner Konsequenz zurücksteht, sind in der Tat in Gefahr. Darum soll man die neue Professorenorganisation dankbarer Herzens begreifen.

Arbeitgeber und Gelehrte sind, wie hier richtig dargestellt wurde, die Schüler der Arbeiter, die nach den Lehren von Max Hirsch u. a. zuerst sich organisierten. Bald wird sich zeigen, dass die Schüler es besser verstehen als die Lehrer, wenn die Arbeiter sich nicht aufzukämpfen und die Indifferenzen bis auf den letzten Mann in die Gewerberinge hineinholen. Agitiert kraftvoll und energisch für die Ausbreitung der Gewerkschaften!

Militärausgabe bei Streiks in der Schweiz. Die Frage des Militärausgebots bei Streiks ist im Graubündner Großen Rat, veranlasst durch das Militärausgabe bei dem kürzlich stattgehabten Streik der Bauarbeiter im Oberengadin, Gegenstand einer Interpellation gewesen, die ein Grüllvereinsmitglied einbrachte. Nun wurde die Auskunft, dass die Anwesenheit gewölkigster anarchistischer Elemente unter den 1000 Streikern die Maßregel nicht genutzt habe. Der Interpellant erklärte sich mit der erhaltenen Auskunft zufrieden, mit dem Bemerkten, er wolle die unruhigen Elemente nicht in Schach nehmen, und es sei Vorsicht ihnen gegenüber angezeigt gewesen. In der „Neue Militaire-Suisse“ behandelte ein Offizier die Frage des Aufgebots vom Militär bei den waadtländischen Streiks. Er erzählte u. a.: Der Auftrittsbestand des in Vevey selbst und Umgebung aufgestellten ersten Bataillons habe starke Lücken aufgewiesen, indem es keinen Anführer der Streikler, dem Aufgebot ohne Zweiderfahrt geleistet und ihren Offizieren an Vertragen erklart: als Arbeiter seien sie verpflichtet gewesen, am Streik teilzunehmen; nachdem sie aber als Soldaten zur Aufrechterhaltung der Ordnung aufgeboten seien, erachteten sie die militärische Pflicht als die höhere.

So einfach hätten wir uns die Lösung des schweren inneren Konflikts nicht gedacht, in dem ein streitender Arbeiter kommt, wenn er während des Streiks als Soldat eingezogen und bestellt wird, bei demselben Streik, bei dem er jedoch noch selbst beteiligt war, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Ordnungs- und nationaler Staatsbürgertum sind eben so stark ausgeprägt bei jedem Schweizer Bürger, dass ihm diese Eigenschaften über alle Bedenken hinwegheilen. Es kommt hinzu: die Streikunten werden am wenigsten von den schweizerischen Arbeitern hervorgezogen und von ihnen nicht gebilligt. Das geht auch aus der offiziellen Bekanntmachung des organisierten Schriftstellers im Graubündner Großen Rat hervor, dass er die unruhigen Elemente nicht in Schutz nehmen wolle.

Der schweizerische Arbeiter, der ein freier Bürger ist, will, dass der Weg des Rechts auch im Kampfe nicht verlassen werde.

Gewerkschafts-Teil.

Westen. Die Datschvereine der Konditoren und Bäckergesellen von Berlin und Charlottenburg hielten im Königlich-Bayerischen Kaffee eine Versammlung ab, in welcher die Stellung nahmen zum Bäckerstreik. Die Versammlung sprach den kämpfenden Bäckern ihre Sympathie aus. Der Kampf müsse mit allen erlaubten Mitteln unterführt werden. Gestattet wurde gleichzeitig über die vielleicht noch unrichtigen Arbeitsverhältnisse in den Konditoreien, namentlich der westlichen Stadtteile. Reben den 2. Berliner würden auf dem Sonntag noch zwei weitere Kaffeehäuser gemacht. Sonnabend 10 Uhr beginnen die Arbeit nochmals und dauert bis Sonntag mittags

12 Uhr. Wo bleibt da die Sonntagsruhe? Auch besteht noch viel der alte Brauch, dass Rosi und Bogis im Hause des Brinzipals gewährt werden. Die Ortsvereine müssen den Innungen ihre Forderungen stellen. Nur die Sonntagsruhe müsse mindestens ein halber freier Tag in der Woche gewährt werden. Das Rosi- und Bogisverbot sei zu bestätigen. Der Vorstand wurde beauftragt, die Forderungen zu formulieren und den Innungen einzurichten. Zur Unterstützung des Streiks ist unter allen Umständen eine Mopfarbeit zurückzuweisen und auf seinem Raum eine Streikarbeit zu vertragen. Ferner wurde lebhaft bedauert, dass seitens der Streikleitung keine Nachricht an den Stellungs-Brauereien gekommen ist, von den Geschäften, die gewillt haben.

3. L.: Otto Rudolph, Agitator, Kreisleiter, O. L. Reinhardts O., Kreisleiter, 6. v. L.

5. Bericht. Dem O. B. der Tischler ist es möglich geworden, auf dem Wege friedlicher Verhandlung zu einem neuen Tarifabkommen zu gelangen, welcher uns wesentliche Vorteile gegenüber dem bisher bestehenden bringt. Die Arbeitgeber erkannten die von uns gestellten Forderungen als gerecht und billig an. Nachdem es durch das Vorgehen des Ortsvereins gelungen war, überhaupt erst das Stundlohnabkommen nach Tarifvertrag zur Einführung zu bringen, wird nach den jetzt getroffenen Vereinbarungen bei Mopfarbeit 29 bis 31 Pf. bei Handbetrieb 30 bis 32 Pf. pro Stunde gezahlt. Außerdem war es nach möglich, einige Verbesserungen in den Betrieben leicht zu erreichen. Wenn wir nun aber auch hinsichtlich der Lohnhöhe zurück zu treten sein möchten, so stehen wir mit der jetzt noch üblichen Arbeitszeit von 11 Stunden täglich nach weit hinter den anderen Orten der Provinz, jetzt schon geringen Lohnen höheren Arbeitszeiten zurück. Auch hierin eine zeitgemäße Besteuerung zu schaffen, muss unsere nächste Aufgabe sein und darum mag die Parole lauten: Nicht die Höhe in den Sack legen, sondern weiter weiterarbeiten, aufklärend wirken und die Stimmung der Einwohnerschaft für uns zu gewinnen suchen. Denken wir doch nur zurück an die Zeit vor vier Jahren, wie schwer es damals die Kollegen von der Kommandantur eines kleinen Zusammenschlusses zum Ortsverein zu überzeugen. Aber es ist gelungen, und deshalb wird es auch jetzt möglich sein, die noch indifferenzen Kollegen davon zu überzeugen, dass die Wahrung und Vertretung ihrer beruflichen und wirtschaftlichen Interessen nur durch Anknüpfung an die Organisation möglich ist. Wollen wir eine Verbesserung unserer Lebenslage erreichen, so musk ein jeder Kollege hand mit anlegen, niemand darf zurücktreten und sich auf die Tätigkeit einzelner verlassen. Gerade der O. B. der Tischler ist die Stütze, in welche die Kollegen unterstellt sind. Partei- und Religion sich nur mit der Hebung ihrer Berufsinteressen beschäftigen können. Wir müssen als daskreis, dass auch der letzte Mann unseres Berufes sich dem Verein anschliesst.

Der Kursus.

6. Hamburg (Saale). In der Mitgliederversammlung des Ortsvereins der Schuhmacher und Schuharbeiter am 25. Mai lamen die Arbeitsverhältnisse der hiesigen Schererei, in Hause Karl Salzmann, vor Sprache, bei weicher eine zu lange Arbeitszeit besteht. Die Mitglieder einigten sich, bei der Firma vorherlich zu werden und die Einführung des Schuharbeitsabtes, allerdings ohne Verhandlung, zu beantragen. Zwei Abteilungsorganisierte, die bei der Firma arbeiten, schlossen sich unterem Vorgehen an. Wir wählen eine Kommission, die den Antrag der Arbeitgeber förmlich überreicht und auch die mündlichen Verhandlungen pflegt. Dann dem Entgegengenommen und der Einsicht des Arbeitgebers gingen die Verhandlungen glatt von statthaften. Der Arbeitgeber erklärte sich bereit, vom 8. Juni ab die zehnständige Arbeitszeit einzuführen, ohne dass die Arbeitnehmer am Ende etwas einbüßen. Möglicherweise wird die Verkürzung der übermäßig langen Arbeitszeit und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch die Einsicht der Kollegen und die Einsicht der Arbeitgeber auf friedliche Weise erfolgen, wie es hier geschehen ist, ohne Kriegserklärung und ohne Kampf.

W. Marquardt, Schriftführer.

9. Striegau. In einer Mitgliederversammlung des Gewerbevereins der Tischler wurde von den in den kleinsten betrieblichen Betrieben arbeitenden Kollegen der Antrag gestellt, einen Arbeitsvertrag und Alterstarif für die kleinen Kleinbetriebe herzustellen, und wurde der Vorstand, Kolleg Hille, beauftragt, die nötigen Vorarbeiten in die Wege zu leiten. Bei der späteren Versammlung vorgenommenen Wahl der Kommission wurde Kolleg Hille, obwohl befürchtete seit längerem halben Jahr nicht mehr in den Kleinbetrieben arbeitet, auf Vorschlag der Kollegen nebst dem Vorstandschef des deutsch-holz-arbeiterverbandes, Türl, einstimmig mit in die Kommission gewählt. Und wurde befürchtet, dass diese beiden Kollegen in Zukunft unterscheiden. Nachdem nunmehr sämtliche Vorarbeiten erledigt waren, wurde der Tarif am 13. April den fünf in Frage kommenden Firmen überbracht mit der Bitte, selbiges möglichst bald zu prüfen und der Kommission bis zum 25. April Antwort zu zulassen zu lassen. Da eine Antwort bis dahin nicht eingetroffen war, so wurden die Meister im Auftrage der Kollegen zu einer gemeinsamen Absprache per Montag, den 29. April, nach dem Bahnhof zum „Goldenen Zepter“ eingeladen; wer aber nicht erschien, waren die Herren Meister. Wohl aber wurde der Kommission ein an den Tischellen A. Walter abgeschriebenes Schreiben von diesen überreicht, dessen Inhalt wir den Kollegen nicht entnehmen wollen; selbiges hat folgenden Wortlaut:

Striegau, den 29. April 1907.

an den Meistern der hiesigen Tischler- und Drechsler- Innung, Herrn A. Walter, zur gefälligen Kenntnis!

Der Kons., resp. Gütekostensatz ist hierzu anderswo angemessen am höchsten. Schweißarbeiter, über noch einmal so groß, zahlte nach eingezogenem Eröffnungstag auch nicht höhere Preise.

Den Herren Gesellen, welche glauben, anderweit mehr verdienen zu können, steht es frei, diesen Vorteil für zu eigen zu machen.

